



HESSISCHER LANDTAG

04. 05. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kinderarmut als Schwerpunkt der Landessozialberichterstattung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass auch in einer Gesellschaft mit hohen Sozialstandards weiterhin mit präventiven Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung und für Chancengerechtigkeit gearbeitet werden muss. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, die in Deutschland weiterhin zu hohe Kinder- und Jugendarmut zu fokussieren. Der Landtag unterstreicht, dass Kinder- und Jugendarmut immer mit Familienarmut einhergehen. Der Landtag wiederholt die Absicht, die Armut in Hessen zu bekämpfen und setzt sich dafür ein, dass jedes Kind und jede und jeder Jugendliche, unabhängig von der Herkunft und den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern, mit den gleichen Chancen aufwächst.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung in diesem Jahr wieder einen Landessozialbericht veröffentlicht, der die Lebenslagen der hessischen Bevölkerung abbildet und erstmals auch Handlungsempfehlungen gibt, wie sich die soziale Situation weiter verbessern lässt. Der Landtag unterstützt die Landesregierung besonders in ihrer Absicht, die Bekämpfung von Kinderarmut zum Schwerpunkt des Landessozialberichts zu machen.
3. Der Landtag betont nochmals, dass die vielfältigen Maßnahmen der hessischen Sozialpolitik bereits jetzt dazu beitragen, Kinder- und Jugendarmut mit ihren Folgen zu vermeiden. Dazu gehören unter anderem:
 - der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder und die verbesserte Qualität der Kinderbetreuung, damit Eltern Familie und Beruf vereinbaren können,
 - der flächendeckende Ausbau der Familienzentren als Anlauf- und Beratungsstellen für alle Familien und das Angebot der Familienkarte, damit Familien mit Kindern niedrigschwellige Unterstützung und Beratung finden,
 - die Ausweitung des Pakts für den Nachmittag, die Förderung von Ganztagschulen und die Lehrerzuweisung nach Sozialindex, damit alle Kinder in Schulen gefördert werden,
 - die gezielte Unterstützung von jungen Beschäftigten durch engmaschige Ausbildungsprogramme, womit sogenannten späteren Vermittlungshemmnissen vorgebeugt wird,
 - die Förderung vielfältiger Maßnahmen und Programme zur aktiven Teilhabe am Arbeitsmarkt, um Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken,
 - die nachhaltige Finanzierung der sozialen Hilfen in den Kommunen wie etwa die Schuldnerberatung, damit Menschen der Armutsspirale entkommen,
 - die Förderung des sozialen Wohnungsbaus für bedürftige Bevölkerungsgruppen sowie Studierende und Menschen mit mittleren Einkommen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. Mai 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)